

# Einleitung

Apologie von Links – gibt es so etwas und dazu noch in der Krisentheorie, die eine Erklärung für die zerstörerische Seite des Wirtschaftsprozesses liefern soll? Wird der Kapitalismus wirklich verteidigt, wenn linksorientierte Autoren über die katastrophale Krise der Gegenwart berichten?

Unsere Antwort lautet: Ja – leider!

Tatsächlich reden linke Krisentheoretiker – von wenigen Ausnahmen abgesehen – den Kapitalismus schön, wenn sie meinen, die Ursachen der Krise lägen überwiegend im Finanzsektor nicht aber im Kernbereich der kapitalistischen Wirtschaftsweise, also nicht dort, wo Waren produziert und abgesetzt werden. Die einstige Erkenntnis, dass Krisen ein fester Bestandteil des Kapitalismus sind, die in ihrer periodischen Wiederkehr immer drohender die herrschende Ordnung infrage stellen, scheint in Vergessenheit geraten zu sein. Die Kritik kapitalistischer Warenproduktion, die man von einer linken Krisentheorie vermutet hätte, mutierte zu einer Kritik am Finanzsystem, das der „Realökonomie“ als dominant gegenübergestellt wird. Nicht mehr der Kapitalismus als solcher, sondern Varianten davon, darunter der „finanzmarktgetriebene Kapitalismus“, der „Kasino-Kapitalismus“, die „finanzgetriebene Akkumulation“, nicht mehr das Kapitalverhältnis selbst, sondern besonders profitgierige und machtbesessene Kapitalsorten, wie das Finanzkapital, die Banken, Finanzinvestoren etc. werden kritisiert.

Erstaunlich dabei ist, dass die linke Krisentheorie einer ideologischen Spur folgt, die ihr ausgewiesener Gegner, Herr Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, Leiter des Ifo Instituts und prominenter Verteidiger wie Förderer des deutschen Standortkapitals<sup>1</sup>, folgendermaßen definierte: Bei der „Analyse der Systemfrage“ gehe es nicht um „die Systemfrage an sich“. Man sollte

1 Bevor Prof. Dr. Sinn die Finanzmärkte als Krisenfaktor entdeckt hatte und noch nicht von einer „neuen, keynesianischen Situation“ gesprochen hatte, führte er in seinem mehrfach aufgelegten Buch *Ist Deutschland noch zu retten?* einen Feldzug gegen „zu hohe Löhne“, die er als Hauptbelastungsfaktor des Standorts Deutschland brandmarkte. Sein „6+1-Programm für den Neuanfang“ (2005: 521 ff.) wendete sich gegen eine „hemmungslose Kartellpolitik der Gewerkschaften“ und gegen den Sozialstaat. Er forderte u. a. eine „Kehrtwende bei den Tarifvereinbarungen“, darunter „Länger arbeiten: mindestens 42 Stunden“, weniger Macht für die Gewerkschaften, Beseitigung des gesetzlichen Kündigungsschutzes, eine aktivierende Sozialhilfe. „Ich fühle mich in der Verantwortung meinem Land gegenüber“, schrieb er. Deutschland brauche eine ähnlich „radikale Kulturrevolution, wie England sie unter Margaret Thatcher erlebt hat“ (S. 14).

sich hüten, „das Kind mit dem Bade auszuschütteln. [...] Die Finanzkrise ist keine Krise des Kapitalismus, sondern eine Krise des angelsächsischen Finanzsystems, das zum Kasino-Kapitalismus mutierte und leider auch in Europa immer mehr Nachahmer gefunden hat“ (2012: 14). Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), Michael Sommer, beschrieb das ideologische Feld der Systemverteidigung ähnlich, als er auf dem Höhepunkt der Überproduktionskrise meinte, wir müssten „den Finanzmärkten verbindlich und verpflichtend so strenge Regeln geben, dass wir jede Form von Kasino-Kapitalismus unterbinden,“ und er wies „ausdrücklich“ darauf hin, dass er „die Marktwirtschaft für das beste aller Wirtschaftssysteme [halte]. Genauso bekenne ich mich aber dazu, dass Marktwirtschaft und Kasino-Kapitalismus nicht dasselbe sind. Letzterer ist die Perversion des Systems. Jetzt ein korrigierendes Eingreifen des Staates zu fordern, ist nicht das Ende der Marktwirtschaft, sondern deren sinnvolle Ausgestaltung“ (*Wirtschaftswoche* 30.3.2009).

Die Apologie des Kapitalismus hat in der linken Krisenbetrachtung zur Anpassung an bürgerliche Interpretationsmuster geführt, die variantenreich von den beiden Spielarten, dem Keynesianismus und der Neoklassik, dominiert werden. Ein besonderer, von dieser wirtschaftswissenschaftlichen Orthodoxie substanziell wohl unterschiedener Krisenbeitrag ist kaum noch aufzufinden.

Im Mittelpunkt der aktuellen Krisenbetrachtungen steht der „gesetzlich regulatorische Bereich“, wie Sinn die unzureichende und fehlerhafte Regulierung des Finanzsektors bezeichnet, wodurch die „Krise der Weltwirtschaft“ hervorgerufen worden sei.<sup>2</sup> In der linken Krisendebatte heißt das „neoliberale Deregulierungspolitik“, „neoliberale Wende“, „Entbettung der Märkte aus der Gesellschaft“. Das Politikversagen soll der tiefere Grund für die starke Expansion des Finanzsektors und dessen wachsende Instabilität

2 „Das Problem liegt aber nicht in erster Linie in der fehlenden Moral der Akteure, sondern in den falschen Anreizen, die das Rechtsinstitut der Haftungsbeschränkung in Verbindung mit einer allzu laschen Regulierung liefert. Weil es den Banken ermöglicht wird, ihr Geschäft mit einem Minimum an Eigenkapital zu betreiben, finden sie es attraktiv, mit dem Geld ihrer Kunden auf den Weltkapitalmärkten Roulette zu spielen. [...] Die Systemfehler, die die Krise der Weltwirtschaft hervorgerufen haben, liegen, wie dieses Buch zeigen wird, allesamt im gesetzlich-regulatorischen Bereich“ (Sinn 2012: 13 f.). Das Versagen der Politik spielt u. a. auch in den Analysen von Joseph Stiglitz (2009), Roubini (2011) und Krugman (2012) eine zentrale Rolle im Entstehungsprozess der großen Krise.

gewesen sein.<sup>3</sup> Für Rudolf Hickel, prominentes Mitglied der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* und Mitautor des jährlichen Memorandums, gilt der „Banker als Täter“. Fehlende Regulierung würde riskante Geschäfte ermöglichen, mit der Konsequenz, dass ein „hoch explosives Krisenpotenzial für alle“ aufgebaut werde (2012: 57f.). Er fordert deshalb die Zerschlagung der Banken und die Reduzierung der Finanzmärkte auf „ihre dienende Funktion“. Paul Robin Krugman, US-amerikanischer Professor für Volkswirtschaftslehre an der Princeton University und Träger des Wirtschaftsnobelpreises 2008, spricht von „durchgeknallten Bankern“. Die Konservativen seien damals an die Macht gekommen. Dieser Rechtsruck führte zur „Deregulierung der Finanzmärkte“, zu einem „steilen Anstieg im Kreditgeschäft und einer Eskalation der Risikofreude“. Schließlich kamen noch die Schattenbanken hinzu, die „vollkommen unkontrolliert expandieren“ durften (2012: 76f.).

Diese finanzmarktbezogene Krisentheorie spielt sowohl im bürgerlichen als auch im linken Interpretationsmuster eine zentrale Rolle. Aus der Instabilität der Finanzmärkte soll die „reale Wirtschaftskrise“ entstanden, zumindest aber in bedeutendem Umfang hervorgerufen worden sein. Hier mischen sich Gedanken der Österreichischen Schule hinzu, die sich vor allem auf die Arbeiten des 1992 verstorbenen August von Hayek beziehen. Danach soll die falsche Zins- und Geldpolitik der Notenbank und die großzügige Kreditvergabe der Banken die große Krise verursacht haben. Nach dem Crash der New Economy im Jahr 2000 hätte die US-amerikanische Notenbank Fed die Zinsen künstlich unter die natürliche Zinsrate gesenkt. Kreditfinanzierte Investitionen flossen in Produktionsanlagen, die sich nicht lohnten, würde dafür ein „normaler Zinssatz“ bezahlt. Verführung zum Risiko, große Fremdkapitalhebel und Spekulationsorgien an den Immobilienmärkten seien die Folge gewesen.<sup>4</sup> Für die Einordnung der linken Krisendebatte ist vor allem

3 Jörg Huffschmid, der eine zentrale Rolle in der linken Krisendebatte spielte, entwickelte die These, „dass Finanzkrisen Folgen fehlender oder abnehmender Regulierung (Deregulierung) und/oder fehlender oder abnehmender Beschränkungen für internationale Kapitalbewegungen (Liberalisierung) sind“ (2002: 164).

4 Der Kanadier William White, damaliger Chefvolkswirt der BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich), warnte immer wieder vor der expansiven Geldpolitik der Fed unter Alan Greenspan, der die Leitzinsen nach der geplatzten New-Economy-Blase lange Zeit niedrig ließ. Die Immobilienkrise sei zudem Folge einer unzureichenden Bankenaufsicht und des politischen Drucks gewesen, auf der Grundlage des „Community Reinvestment Act“ Häuserkredite an Geringverdiener zu vergeben – Argumente, die man auch aus der linken Krisendebatte kennt, mit der leichten Variation, dass die Ninja-Kredite (no income, no job, no assets) mehr eine Folge der Banker-Gier gewesen wären. White kritisiert die „ultra-lockere Geldpolitik“ der Ge-

der Punkt wichtig, dass die Krisenursachen externalisiert, also jenseits des ökonomischen Kernprozesses angesiedelt werden: im Politikversagen der Regierungen, im Versagen der Zinspolitik der Notenbanken und in erster Linie in einem Fehlverhalten der Banken.

Neben der variantenreichen finanzmarktbezogenen Krisentheorie spielt die Verteilungsfrage als Ursache der großen Krise eine erhebliche Rolle. Auch hier finden wir ähnliche Interpretationsmuster sowohl in der linken als auch in der bürgerlichen Krisendebatte, mit dem Unterschied jedoch, dass die neoklassische Position davon abweicht. Dieses neoklassische Deutungsschema, wonach zu hohe Löhne – angeblich eine Folge politischen und gewerkschaftlichen Fehlverhaltens – die Krise verursachten, hatte zunächst keine größere Bedeutung, da in vielen Krisenländern die Reallöhne über Jahrzehnte hinweg tendenziell gesunken waren und deshalb kaum einen „Erklärungs“anlass für diese Krise boten. Erst als sich die Eurokrise zuspitzte und etliche Staaten Europas Spar- und Lohnsenkungsprogramme auflegten, trat die neoklassische Position wieder stärker hervor, um diese neoliberalen Lohn- und Sozialkürzungen zu legitimieren.<sup>5</sup>

Die verteilungstheoretische Interpretationsweise machte eine sich immer weiter öffnende Einkommensschere für die große Krise verantwortlich. Während die mittleren und niedrigen Einkommensgruppen zu wenig nachfragten oder sich für ihren Konsum im wachsenden Umfang verschuldeten, bis das nicht mehr möglich war, hätten die oberen Einkommensbezieher nicht gewusst, was sie mit ihrem Geld anfangen sollten. Sie kauften Immobilien und legten das Geld zum Schaden der Wirtschaft spekulativ vor allem im Finanzsektor an, der entsprechend stark expandierte und immer instabiler wurde, bis schließlich die Finanzkrise ausbrach. Diese Verbindung von Finanzkrise und wachsender Ungleichverteilung mit der These, dass die Expansion der Finanzmärkte als Folge der Deregulierungspolitik einerseits die Umverteilung von unten nach oben beförderte, andererseits dadurch auch gespeist worden sei, ist weit verbreitet im keynesianisch geprägten bürger-

genwart, die zu weiteren Fehlinvestitionen, Umverteilungen und exzessiver Staatsverschuldung führen würde (White 2012).

- 5 Der Präsident der EZB Mario Draghi sprach sich vor dem EU-Gipfeltreffen im März 2013 für sinkende Lohnkosten in den Euro-Defizitländern aus. In Frankreich seien die Löhne doppelt so stark gestiegen wie die Produktivität, während in Italien die Produktivität zurückbliebe. Die Schere zwischen Lohn und Produktivität müsse geschlossen werden, indem die Arbeitskosten in den Defizitländern gesenkt werden („Die gespaltene Währungsunion“, von Holger Steltzner, in: *FAZ* 20.3.2013).

lichen Deutungsmuster<sup>6</sup> und bildet zugleich einen zentralen Bestandteil linker Krisendiskussion.

Ein weiteres bürgerliches Erklärungsmuster für die große Krise, das in die linke Krisendebatte Eingang gefunden hat, besteht in der verhaltensökonomischen Deutungsweise von Spekulationsblasen. Große Bedeutung in dieser Diskussion erlangte Robert Shiller von der Universität Yale. Seine empirischen Untersuchungen zur Entwicklung der Aktienmärkte seit den 1980er Jahren bildeten die Grundlage seiner „Bubble-Theorie“, die er dann auf den US-Immobilienmarkt übertrug. Um die Blasenbildung indizieren zu können, entwickelte er zusammen mit Karl Case einen Häuserpreisindex, der unter der Bezeichnung „S&P-Case-Shiller-Index“ bekannt wurde. Der starke Preisanstieg zwischen 1997 und dem Peak von 2006 um real 85 % (Shiller 2008: 32) bei in etwa gleich bleibenden Baukosten habe zu dem irrationalen Überschwang auf dem Immobiliensektor geführt. Steigende Gewinnspannen der Bauunternehmen heizten die Bauproduktion an, und Haushalte hätten sich im Vertrauen auf weiter steigende Immobilienpreise beim Kauf von Häusern stärker verschuldet, bis schließlich die Immobilien-Blase geplatzt sei. Shiller (2008: 29) sieht in dieser partiellen Krise die eigentliche Ursache für den gesamten Krisenvorgang, sodass die allgemeine Überproduktionskrise von 2008 nicht mehr in ihrer Eigenständigkeit untersucht, sondern als bloßes Folgeereignis gedeutet wird.<sup>7</sup>

Dieses Interpretationsmuster, worin einige auffällige Erscheinungsweisen der Krise, anfangs als Immobilienkrise, ab Sommer 2007 vor allem als Finanzmarktkrise, zum eigentlichen Krisenprozess gemacht werden, ist auch in der linken Krisentheorie auffindbar.

Wie unsere Analyse linker Krisentheorien noch detailliert zeigen wird, gibt es also große Übereinstimmungen mit bürgerlichen Interpretations-

- 6 Ökonomen wie Roubini (2011) und Krugman (2012) weisen immer wieder auf die Ungleichverteilung als einen Grund der Krise hin. Im Zeitalter der Deregulierung, schreibt Krugman (2012), sei das „mittlere Einkommen“ im Schneckentempo gestiegen, während die hohen Einkommen regelrecht explodiert seien (S. 89f). „Tatsächlich würde ich davon ausgehen, dass die Einkommensschere und die Krise gemeinsame Ursachen haben. In den USA, Großbritannien und anderen Ländern kam es Anfang der 1980er Jahre zu einem deutlichen Rechtsruck. Dieser wiederum hatte eine politische Wende zur Folge, vor allem eine kräftige Senkung der Spitzensteuersätze und einen Wandel der gesellschaftlichen Werte. [...] Das alles schlug sich in einem deutlichen Anstieg der Spitzengehälter nieder“ (S. 99). Allerdings bleibt Krugman vorsichtig, ob die Einkommensschere zu einem Rückgang der Nachfrage führte (S. 99f).
- 7 „The housing bubble was a major cause, if not the cause, of the subprime crisis and of the broader economic crisis we now face“ (Shiller 2008: 29). Schon im Vorwort heißt es: „This bubble, and the psychology that lay behind it, was the ultimate cause of the crisis“.

mustern: die Apologie der bestehenden Verhältnisse von kapitalistischer Warenproduktion und Zirkulation, das behauptete Fehlverhalten der Regierungspolitik in Regulierungsfragen des Finanzmarktes, die Fokussierung der Krisenanalyse auf den Kredit-, Banken- und Kapitalmarktsektor, die fehlende Analyse des inneren Zusammenhangs von Finanzmarktkrise und Krise kapitalistischer Warenproduktion, die gelegentliche Betonung der Verteilungsfrage, die besondere Hervorhebung der Immobilienkrise samt der damit verbundenen Finanzkrise und schließlich die unzureichende Analyse der allgemeinen Überproduktionskrise von 2008.

Selbst unter methodischen Gesichtspunkten verfügt die linke Krisentheorie kaum noch über eigenständiges Profil. Sie hat den Eklektizismus bürgerlicher Krisenerklärungen weitgehend übernommen. Professor Nouriel Roubini z. B., Wirtschaftsprofessor an der Stern School of Business in New York, Wirtschaftsberater des Weißen Hauses und bekannter Buchautor auch in Deutschland, erklärt ausdrücklich, dass er keiner speziellen ökonomischen Theorie anhänge. „Fast jede ökonomische Denkrichtung kann einen Beitrag zur Erklärung der jüngsten Krise leisten, weshalb wir uns in unserer Analyse auf ein breites Spektrum von Autoren beziehen. Keynes hat in diesem Zusammenhang genauso seinen Platz wie viele andere“ (Roubini 2011: 15). Roubini rechtfertigt seinen „ganzheitlichen Ansatz“ – wie er seinen Eklektizismus nennt – damit, er gebe die „Ideologie an der Garderobe ab“ (S. 16), ohne sich Gedanken darüber zu machen, dass seinem aus verschiedenen – sich widersprechenden – Theorieelementen zusammengestückelten „ganzheitlichen Ansatz“ notwendig die innere Konsistenz und systematische Vorgehensweise fehlen muss, mit der Folge, dass willkürlichen Deutungsweisen Tür und Tor geöffnet sind, je nach Interessenlage, Beratungssituation, politischer Konstellation etc.

In dem vorliegenden Buch konzentrieren wir uns auf die gängigen linken Krisentheorien. Bei der Auswahl der Beiträge haben wir uns auch von Überlegungen leiten lassen, inwieweit sie neue Erklärungsweisen enthalten, die in anderen Beiträgen gar nicht oder in einem anderen Kontext angesprochen werden. Gemeinsam ist ihnen, dass sie vom bürgerlichen Interpretationsmuster maßgeblich geprägt worden sind. Entsprechend deutlich fällt unsere Kritik aus, die im Buchtitel „Apologie von links“ auf den Begriff gebracht ist.

Im ersten Kapitel thematisieren wir die wohl bekannteste linke Krisentheorie. Die Theorie vom „Finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“, die wir als aktuelle Variante linkskeynesianischer Unterkonsumtionstheorie bezeichnen, wurde von der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* ausgearbeitet, hinter der bekannte Autoren, darunter der inzwischen ver-

storbene Jörg Huffschmid, Rudolf Hickel, Herbert Schui und Heinz-Josef Bontrup stehen. Was die Arbeitsgruppe bekannt gemacht hat, ist die Herausgabe des Memorandums, das sich als alternative Politikberatung versteht. Die Memorandum-Gruppe kann auf eine lange Tradition zurückblicken, die eine gewisse Kontinuität, aber auch Brüche aufweist. Als sie seit Ende der 1990er Jahre verstärkt die Finanzmärkte thematisierte, zog sie das Interesse der Gewerkschaften und das der globalisierungskritischen Bewegungen auf sich, deren Krisenvorstellungen nicht ohne Auswirkungen auf die Theoriebildung blieben. Die finanzmarkttheoretische Krisenerklärung rückte mehr und mehr in den Vordergrund. Sie wurde mit einer verteilungstheoretischen Erklärung verbunden, eine dem Kern nach unterkonsumtionstheoretische Kriseninterpretation.

Im zweiten Kapitel gehen wir auf die Krisenerklärung von Lucas Zeise ein, die in vielen Punkten mit der Krisentheorie der *Memorandum*-Gruppe übereinstimmt. Allerdings gibt es auch einige Unterschiede, die wir für wichtig genug erachtet haben, um sie gesondert zu thematisieren. Dazu gehört zunächst die Monopoltheorie. Vor allem in den älteren Ausgaben des Memorandums spielt die Monopoltheorie zwar eine unterschwellige Rolle, ohne jedoch die Konkretion zu erreichen, die Lucas Zeise ihr in Verbindung mit dem heutigen Finanzkapital und den ökonomischen Interventionen des Staates gegeben hat. Bezeichnungen wie „monopolistisches Finanzkapital“ und „staatsmonopolistischer Kapitalismus“ weisen auf eine bis auf Hilferding, Bucharin und Lenin zurückreichende Theorietradition hin, an die Zeise anknüpft und deren Begriffe wir auf den Prüfstand stellen werden. Kritisiert wird auch seine an Hilferding angelehnte Verschmelzungsthese, aus unserer Sicht eine Verwirrung der verschiedenen Kapitalbestimmungen, die dann zu fehlerhaften Aussagen über die Bedeutung des Finanzsektors führt.

Das dritte Kapitel widmen wir dem Beitrag von Michael Heinrich. Trotz massiver Kritik an seiner monetären Werttheorie gilt diese gelegentlich noch als notwendige Berichtigung einer angeblich inkonsistenten Marx'schen Werttheorie. Seine „Neue Marxlektüre“ begleiten wir an den Stellen, wo sie Orientierungspunkte und Begründungen für die aktuelle linke Krisendebatte liefert. Wir werden die Etappen einer Keynesianisierung der Marx'schen Theorie verfolgen. Der auf diese Weise entstandene Eklektizismus bereitete zugleich das theoretische Feld für die Vorstellung vom finanzmarktgetriebenen Kapitalismus vor, auf dem die monetär umgemodelte „Kritik der politischen Ökonomie“ einen durchweg apologetischen Charakter erhalten hat. Das keynesianische Dogma von der „Hierarchie der Märkte“ und von der besonderen Rolle des Geldes, das der „Realökonomie“ angeblich seine Werte stiften soll, bilden zentrale Punkte unserer Analyse.

Der Beitrag der *Gruppe Krisis*, mit den Autoren Ernst Lohoff und Norbert Trenkle, ist Gegenstand des vierten Kapitels. Schon der Name der Gruppe verweist auf die Krise, die im „inversen Kapitalismus“ als dem letzten Stadium der kapitalistischen Produktionsweise einen besonders dramatischen Charakter erhalten soll. Wir werden die Voraussetzungen dieser Zusammenbruchsvorstellung prüfen, die Abschmelzung der Wertbasis als Folge der dritten industriellen Revolution, und wir wollen die Frage klären, ob das fiktive Kapital wirklich die ökonomische Wertquelle bilden konnte, um durch Kapitalvermehrung den Zusammenbruch hinauszuzögern. Interessante Parallelen zur Theorie vom finanzmarktgetriebenen Kapitalismus werden zeigen, dass die *Gruppe Krisis* zumindest teilweise auf dem gleichen theoretischen Feld argumentiert und dass sie mit ihren selbst erzeugten Mythen besonders tief im Kapitalfetisch steckt.

In der gesamten linken Krisentheorie ist das fiktive Kapital ein Buch mit sieben Siegeln geblieben. Die verschiedenen Bestimmungen des Kapitals werden nicht klar genug voneinander geschieden und immer wieder durcheinander gewürfelt: Das Leihkapital, das im Kredit vom Verleiher an den Borger fortgegeben wird, verschmilzt häufig mit dem Rückzahlungs- und Zinsversprechen, das nur einen Anspruch auf Geld beinhaltet. Dann wiederum wird dieser Anspruch auf Geld, der das fiktive Kapital bildet, mit dem Geld selbst verquickt, sodass der Schein entsteht, als wären Bankeinlagen, Anleihen und selbst Aktien eine Form des Geldes. Häufig verschwimmen die Bestimmungen des Leihkapitals mit denen des Geldkapitals, das vom fungierenden Kapital vorgeschossen wird, sodass der falsche Eindruck entsteht, als würden verleihende Banken das Kapital auch in der Industrie und im Handel steuern. Solche Missverständnisse gehen teilweise aus dem zinstragenden Kapital selbst hervor, weshalb es Marx gelegentlich als „die Mutter aller verrückten Formen“ (MEW 25: 483) bezeichnete. Statt diesen Kapitalfetisch zu enthüllen, wird er in der linken Krisendebatte nur breitgetreten und zu einer Macht der Banken und Finanzmärkte mystifiziert.

In unserem Exkurs, den das fünfte Kapitel beinhaltet, wollen wir systematisch die verkehrten und widersinnigen Vorstellungen von der besonderen Macht der Banken widerlegen, indem wir Schritt für Schritt die verschiedenen Sparten des Bankgeschäfts, angefangen vom Zahlungsverkehr bis hin zu den verschiedenen Geschäftsbereichen des Investment-Banking, unter der Fragestellung durchkämmen, ob sich irgendwo für die Banken eine Quelle der Macht auftut.

Die einzelnen Kapitel haben wir als Konzession an unser Lesepublikum, das geprägt vom Internetzeitalter überschaubare und thematisch genau zugeordnete Texte bevorzugen dürfte, in einer solchen Weise abgefasst, dass sie

weitgehend eigenständig verstanden werden können, ohne das gesamte Buch durcharbeiten zu müssen. Wiederholungen und Überschneidungen ließen sich bei dieser Verfahrensweise nicht völlig vermeiden.

Wenn wir nachfolgend ein rabenschwarzes Bild von der linken Krisentheorie malen, dann darf eine wichtige und sehr erfreuliche Tatsache nicht übersehen werden: Wenngleich mehr im Verborgenen stößt man immer wieder auf Beiträge und Diskussionen, die das ideologische Feld der Systemverteidigung verlassen. Wir wollen aus der Vielzahl weitgehend unbekannt gebliebener Artikel die etwas bekannter gewordene Krisenanalyse von Paul Mattick hervorheben. Auch wenn der zeitliche Rahmen seiner Analyse weit gespannt und demzufolge die aktuelle Krise nicht in ihrer Tiefe, in ihrer Zeitfolge und ihrer Komplexität behandelt wird, vermeidet Mattick typische Fehler vorherrschender Krisendebatten.

Erstens hat er ein klares Verständnis davon, dass die „Große Rezession“, wie er die jüngste Wirtschaftskrise bezeichnet, nicht im Finanzsektor ihre Ursache hat, sondern dass sie stattdessen im Kernprozess kapitalistischer Warenproduktion, aus den dort existierenden Widersprüchen und Gegensätzen entstanden ist. Die Finanzkrise wird im Großen und Ganzen als eine Folge dieser Krise in der kapitalistischen Warenproduktion und Zirkulation interpretiert.

Zweitens betont Mattick die Kapitalbestimmungen des Produktionssektors, die dort wirkenden Gesetze von Kapitalverwertung und krisennotwendigen Kapitalentwertungsprozessen und schiebt nicht die Kapitalbestimmungen in den Finanzsektor ab, um dann die kapitalistische Produktion als weitgehend krisenfreie Ökonomie zu beschönigen.<sup>8</sup>

Drittens ist Mattick schon wegen der Einbettung des Staates in den kapitalistischen Verwertungszusammenhang skeptisch, ob die Politik die Krise lösen könnte. Die Regierung könne das Problem lediglich aufschieben, schreibt er (2012: 102), „indem sie Finanz- und andere Unternehmen mit dem zur Aufrechterhaltung ihres Betriebs notwendigen Geld versorgt.“ Sie schwanke zwischen „der Pest einer anhaltenden Depression, die eine Gefahr sozialer Unruhen mit sich bringt, und der Cholera von Konjunkturausgaben, die nur begrenzt wirksam sind und die Defizite in gefährliche Höhen

8 „Aber der Kapitalismus ... ist ein System zur Beschäftigung von Menschen, die Profite produzieren; sein Zweck ist die Vermehrung von Kapital“, schreibt Mattick (2012: 99) und verweist auf den im Unternehmen selbst (nicht über die Finanzmärkte äußerlich herangetragenen) existierenden Zweck der Profiterzielung. Die Unternehmen wüssten auch, „dass staatliche Ausgaben für Renten, Gesundheitswesen und Arbeitslosenunterstützung das Einkommen der Arbeiter erhöhen und nicht die Gewinne der Unternehmen [...]“.

treiben“ (S. 96). Das grundlegende Problem in einer Phase der Depression könne nur durch den depressiven Wirtschaftsmechanismus selbst gelöst werden; die Depression selbst sei das „Heilmittel gegen die sie verursachende mangelnde Profitabilität“ (S. 72, S. 63).

Viertens teilt Mattick nicht die Vorstellung, eine falsche Politik etwa in Gestalt einer „neoliberalen Wende“ habe aus sich selbst heraus den Grundstein für die gegenwärtige Krise gelegt. Vielmehr sei die Politik der Deregulierung eine Reaktion auf die Ökonomie gewesen; „sie erleichterte riskante Geschäfte zwar, war aber nicht die Ursache der zunehmenden Spekulation“ (S. 76).

Fünftens wendet sich Mattick gegen den Eklektizismus im linken Mainstream, wenn er auf die Aktualität und Relevanz der Marx'schen Theorie verweist (S. 11). Es sei „sinnlos“, zitiert er James K. Galbraith, „Diskussionen weiterzuführen, die sich auf die konventionelle Wirtschaftswissenschaft stützen“. Auch der Keynesianismus sei eine „Spielart wirtschaftswissenschaftlicher Orthodoxie“ und habe mit der Krise ebenso an Glaubwürdigkeit verloren wie neoklassische Erklärungsansätze.

Mit diesen fünf Punkten hat sich Mattick einem Krisenverständnis genähert, das wir erstmals Ende 2009 in kritischer Abgrenzung zum linken Krisendiskurs formulierten und später weiter konkretisierten.<sup>9</sup> Unsere Analyse der verschiedenen Phasen der großen Krise führte zu dem Ergebnis, dass die Krise ihrem inneren Zusammenhang nach eine Überproduktionskrise war, anfangs eine Überproduktion in der Bauwirtschaft, gefolgt von einer allgemeinen Überproduktionskrise 2008, die alle bedeutenden Wirtschaftszweige erfasste und ihre Ursache im Kernprozess kapitalistischer Warenproduktion, im systematischen und notwendigen Auseinanderfallen von Produktion und Markt hatte. Die in der linken Krisendebatte verbreitete Vorstellung, die Schockwellen der Finanzkrise hätten die „Realwirtschaft“ infiziert und in eine Krise gestürzt, wiesen wir schon damals als „Mythos“ zurück (Sandleben/Schäfer 2009: 16). Entlang des tatsächlichen Krisenverlaufs konnten wir belegen, dass es sich umgekehrt verhielt, dass die Krise der Finanzmärkte durch die Folgen der Überproduktionskrise hervorgerufen worden war.

Auf der Grundlage dieser Krisenerklärung werden wir im letzten Kapitel einige Tendenzen des bisherigen Krisenzyklus thematisieren, um auf dieser Grundlage eine Antwort anzudeuten, wohin die Krise treiben wird.

9 Sandleben/Schäfer (2009), Sandleben (2011a/b).